

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup

76124 Karlsruhe

14. August 2025

Interfraktioneller Antrag zur Vorberatung im Sozialausschuss

Thema:

Begleitete Pflege- und Wohnmöglichkeiten sowie tagesstrukturierende Angebote für junge Erwachsene mit schweren und komplexen Behinderungen in Karlsruhe

Antrag

1.) Die Verwaltung stellt dar, welche Pflichtaufgaben die Stadt Karlsruhe bei der Versorgung von Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen hat. Zudem beschreibt sie, inwieweit die Stadt Karlsruhe einen gesetzlichen Versorgungsauftrag hat gegenüber Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen und dem einhergehenden erhöhtem Pflegebedarf, speziell bei Wohnmöglichkeiten und tagesstrukturierenden Angeboten.

2.) Die Verwaltung stellt dar, welche Möglichkeiten der Unterbringung, Versorgung und Unterstützung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vorhanden sind, wenn junge Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen aus Karlsruhe nicht mehr schulpflichtig sind.

3.) Die Verwaltung zeigt den aktuellen und erwarteten (Fehl-)Bedarf an Wohnmöglichkeiten für junge Erwachsene mit schweren und komplexen Behinderungen auf.

4.) Die Verwaltung zeigt den aktuellen und erwarteten (Fehl-)Bedarf an tagesstrukturierenden Angeboten für junge Erwachsene mit schweren und komplexen Behinderungen auf.

5.) Die Verwaltung zeigt Wege für den kurzfristigen Aufbau z.B. von Pflege-Wohngemeinschaften für junge Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen auf.

6.) Die Verwaltung zeigt Wege auf, tagesstrukturierende, teilhabeorientierte und die individuelle Selbstbestimmung fördernde Angebote für Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen zu entwickeln.

7.) Die Verwaltung zeigt auf, wie Familien das Auffinden geeigneter Wohn- und Tagesplätze für ihre Kinder mit schweren und komplexen Behinderungen nach dem 18. Geburtstag erleichtert werden kann, z.B. in dem eine zentrale Ansprechperson installiert wird. Dabei beschreibt die Verwaltung, inwieweit hier eine Zusammenarbeit zwischen Eingliederungshilfe im Jugendbereich und Teilhabemanagern im Erwachsenenbereich stattfindet oder zukünftig geplant ist.

8.) Die Verwaltung stellt in einem ungefähren Rahmen dar, wie hoch die Kosten einer Einzelbetreuung im häuslichen Umfeld im Vergleich zu gemeinschaftlichen Wohnformen sind.

Sachverhalt / Begründung:

Allein dieses Jahr werden laut der Bedarfsanalyse im Auftrag der Elterninitiative "Miteinander besser leben" (erstellt von Wagner Research, Karlsruhe) ca. 20 junge Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen in Karlsruhe und im Landkreis ihre Schulen verlassen. In den nächsten Jahren werden regelmäßig weitere junge Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen volljährig werden und ihre Schulpflicht beenden. Schon jetzt sind junge Erwachsene mit Behinderung, die nicht mehr schulpflichtig sind, unterversorgt. Zahlreiche junge Menschen mit Behinderung warten auf Wohnplätze und passende tagesstrukturierende Angebote.

Für ein Folgeangebot nach der Schule gibt es zu wenig Plätze. Die vorhandenen Plätze sind auf Jahre belegt. Die Wartezeiten sind kaum zu benennen, teilweise führen die Anbieter keine Wartelisten mehr.

Immer mehr junge Menschen mit schweren und komplexen Behinderungen werden im häuslichen Umfeld, in der Regel von ihren Familien, versorgt. Oft benötigt dieser Personenkreis eine professionelle 24 Stunden-Betreuung mit hohem pflegerischen Aufwand. Der Personalmangel in der Pflege ist auch im Bereich der häuslichen Pflege deutlich spürbar.

Die Eltern von Jugendlichen mit schweren und komplexen Behinderungen sind neben der täglichen Belastung durch Pflege und Versorgung ihrer Kinder mit der Sorge belastet, wie es für ihre Kinder mit Erreichen der Volljährigkeit und nach dem Ende der Schulpflicht weiter geht. Eine geregelte Tagesstruktur und Teilhabe sollen erhalten werden. Zudem wird das Thema Wohnen immer drängender. Fehlende tagesstrukturierende Angebote und Wohnmöglichkeiten führen zu Isolation der jungen Menschen. Für viele Familien (meist die Mütter) ist eine Betreuung der erwachsenen Kinder nur mit Aufgabe der Berufstätigkeit möglich.

Für die betroffenen Familien fehlt es an Transparenz, sowohl was das Angebot an Betreuungs- und Wohnplätzen angeht, wie auch deren Vergabe. Wünschenswert ist deshalb eine zentrale Ansprechperson, die einen Überblick über

die Angebote hat und bei der Vermittlung passender Plätze unterstützt.

(Siehe dazu - auf Anfrage erhältlich - die von einer Elterninitiative in Auftrag gegebene Bedarfsanalyse „Zukunft Wohnen für junge Menschen mit Behinderung Karlsruhe im Vergleich zu Baden-Württemberg“ vom 21.10.24)

Die antragsstellenden Fraktionen sehen den dringenden Bedarf an dieser Stelle und fordern die Stadtverwaltung auf, sowohl kurzfristige als auch langfristig tragbare Lösungen aufzuzeigen.

Unterzeichnet von:

Verena Anlauf, Ivo Dujmović, Jorinda Fahringer, Grüne Fraktion

Lüppo Cramer, Sonja Döring, Michael Haug, KAL-Fraktion

Dr. Anton Huber, Mathias Tröndle und SPD-Fraktion

Stefan Noe, Thomas Hock und FDP/FW-Fraktion

Franziska Buresch, Anne Berghoff, Tanja Kaufmann und Die Linke Fraktion

Kiên Nguyen und VOLT-Fraktion